

## **7. Verpflichtung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu einer aktiven Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimaabkommens**

Postulat Beat Bloch (CSP, Zürich), Esther Guyer (Grüne, Zürich) und Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) vom 9. März 2020 WAK Kommission für Wirtschaft und Abgaben

KR-Nr. 90/2020, RRB-Nr. 538/27.5.2020 (Stellungnahme)

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, das Postulat nicht zu überweisen. Der Rat hat zu entscheiden.

*Beat Bloch (CSP, Zürich):* Mit dem vorliegenden Postulat fordern wir, dass die Nationalbankbank künftig die Integration von Klimarisiken in die Innovationspolitik und das Risikomanagement aufnimmt. Wir haben das Postulat vor mehr als zwei Jahren eingereicht; leider ist es aktueller denn je.

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat sich bis jetzt nicht dazu geäußert, wie sie mit Investitionen umgehen will, die den Klimawandel beschleunigen. Damit verstösst unsere Nationalbank gegen das Pariser Klimaschutzabkommen, das die Schweiz ratifiziert hat und indem sich die Schweiz verpflichtet hat, die Finanzströme so zu lenken, dass sie den Klimawandel nicht anheizen. Die SNB betreibt aber auch eine Anlagepolitik, die den Empfehlungen und Vorschriften der FINMA (*Finanzmarktaufsicht*) widerspricht. Diese hat bereits 2019 in ihrem Risikomonitor den Klimawandel als Risiko identifiziert und die Banken in der Schweiz aufgefordert, die Klimarisiken zu eruieren und für die Risiken entsprechende Sicherstellungen vorzunehmen.

Interessant ist die Antwort des Regierungsrats: Der Regierungsrat erläutert, dass es die Hauptaufgabe der SNB sei, eine Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes zu betreiben. Diese Aufgabe ist sicher richtig, aber was nützt uns eine Währungspolitik der SNB, die im Interesse der Landespolitik ist, wenn die gleiche Bank eine Investitionspolitik betreibt, die offensichtlich nicht im Interesse des Landes ist? Was nützt es uns, wenn wir eine stabile Währung haben und sich dafür die Lebensgrundlagen in der Schweiz und in der Welt verschlechtern? Es geht auch nicht darum, wie der Regierungsrat schreibt, der SNB Weisungen zu erteilen; es geht darum, sie an die Pflicht zu erinnern, dass auch sie sich an internationale Übereinkommen zu halten hat, die die Schweiz abgeschlossen hat, und dass sie mit ihren Aufgaben nicht einfach im luftleeren Raum agieren kann.

Auch der Verweis in der regierungsrätlichen Antwort auf die Anlagerichtlinien von 2004 erstaunt. Ist es wirklich so, dass die Schweizerische Nationalbank ihre Anlagen auf Richtlinien stützt, die mehr als 18 Jahre alt sind? Das Pariser Klimaschutzabkommen von 2016 hat keinen Eingang in die Richtlinien gefunden, ja nicht einmal das Kyoto-Protokoll von 2005. Wenn da nicht dringliches Handeln erforderlich ist, und wir die Nationalbank auf den richtigen Pfad bringen müssen, dann weiss ich nicht mehr, wohin die Klimapolitik in diesem Land geht. Wir ste-

hen mit unserer Forderung auch nicht alleine da. Es sind verschiedene Organisationen wie Brot für Brüder und Fastenopfer (*kirchliche Hilfswerke*), die beispielsweise 2021 eine Petition mit den gleichen Forderungen lanciert haben, auch Greenpeace (*Umweltschutzorganisation*) ist mit ähnlichen Forderungen an die Öffentlichkeit getreten.

Sehr geehrter Herr Regierungspräsident (*Ernst Stocker*), sagen Sie mir jetzt nicht, dass man einen entsprechenden Antrag an der GV (*Generalversammlung*) nicht stellen kann. Ich kann Sie gerne auf Artikel 36 Litera f des Nationalbankgesetzes verweisen. Dort steht, dass die GV der SNB die Kompetenz hat, dem Bundesrat zuhanden der Bundesversammlung die Änderung des Nationalbankgesetzes zu beantragen. Damit ist der Weg frei für eine Gesetzesänderung im Sinne dieses Postulats. Es braucht eben nur einen Aktionär – und der Kanton Zürich ist einer –, der einen entsprechenden Antrag an der Generalversammlung stellen muss. Die Zeit des Handels ist überfällig. Am Tag nachdem die Stimmberechtigten im Kanton Zürich mit mehr als einer zwei Drittelmehrheit den Klimaschutz in der kantonalen Verfassung verankert haben, ist alles in der Macht des Regierungsrats Stehende zu tun, um die Investitionspolitik der SNB in die richtigen Bahnen zu lenken. Die Überweisung dieses Postulats ist ein erster Schritt dazu. Herzlichen Dank für die Unterstützung.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Am Horizont wartet ein Verbrechen mit Ansage, ein Verbrechen von einigen wenigen fossilen Grosskonzernen, die planen, die internationalen Klimaziele zu pulverisieren. Die britische Zeitung «The Guardian» hat letzte Woche aufgedeckt, dass 22 fossile Megaprojekte mit Öl und Gas und Kohle, sogenannte Kohlenstoffbomben, kurzfristig geplant sind. Diese 22 Projekte alleine produzieren mehr CO<sub>2</sub>-Emissionen, als wir für das 1,5 Grad Ziel gemäss Paris noch zur Verfügung haben. Weshalb spreche ich davon? Weshalb spreche ich hier von diesen grossen Fossilkonzernen? Ich spreche davon, weil zu diesen zwölf Konzernen auch die Firma ExxonMobil und der Konzern Chevron (*US-amerikanische Ölkonzerne*) gehört. Und die SNB, die Schweizer Nationalbank, das wissen Sie vielleicht, die hält jeweils über 800 Millionen Franken an diesen beiden Unternehmen.

Sieben Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen betreibt die Schweizer Nationalbank tatsächlich immer noch keine aktive Titelauswahl. Ihr Chef (*Thomas Jordan*) wehrt sich öffentlich dagegen, diese Praxis zu ändern. Hier ist dringend Handlung angesagt. Dabei machen nur 89 Unternehmen im Portfolio der SNB 60 Prozent der Emissionen eben dieses Portfolios aus. Es ist dringend angesagt, dass die Nationalbank ihre Politik ändert. Entweder macht sie das konsequent, indem sie über schwarze Listen die grössten dieser Emittenten ausschliesst oder dann wenigstens über eine aktive Klimapolitik als Minderheit oder teilweise sogar als Grossaktionär, der die SNB an verschiedensten Orten ist. Hier ist die Regierung in der Pflicht. Wie die Kantonsregierung sich ja selbst in ihrer langfristigen Klimastrategie vorgegeben hat, hat sie vor, bei allen Beteiligungen, die der Kanton hält, einen aktiveren Klimaschutz einzufordern. Das Postulat, das nun schon zwei Jahre alt ist, entspricht mittlerweile also den regierungsrätlichen Zielen. Ich hoffe

deshalb, dass es heute für eine Mehrheit reicht, sodass die Regierung ihre Position im Nachhinein noch ändern kann. Oder um es in ähnlichen Worten wie Beat Bloch zu formulieren: Es gibt keine Währungspolitik auf einem toten Planeten. Herzlichen Dank.

*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau):* Eigentlich kann man es kurz machen: Die SNB und ihre Geschäftsführung sind kein Thema für politisch motivierte Aktionen. Diese Aussage musste auch die SVP zur Kenntnis nehmen bei ihren Anliegen, die sie national eingebracht hat – nicht dieses Jahr, aber vor langer Zeit. Die SNB darf grundsätzlich nicht für politische Parteien oder von politischen Parteien oder Räten beeinflusst werden. Das ist gesetzlich so festgehalten. Sie muss sich natürlich selbstverständlich auch nach dem Pariser Klimaabkommen richten. Aber wie sie das tut, ist in ihrer Kompetenz und darf nicht zum Spielball werden für Interessen. Darum wird die SVP dieses Postulat nicht unterstützen. Danke.

*Stefanie Huber (GLP, Dübendorf):* Über die Bedeutung der Finanzwelt für die Klimakrise wurde schon viel gesprochen, und auch, dass die SNB einer der Schweizer Akteure mit dem grössten Hebel wäre, ist auch bekannt. Das Postulat will nun, dass die Zürcher Vertretung bei der SNB das Thema bis auf Ebene GV aufs Tapet bringt.

Die SNB hat das Thema Nachhaltigkeit aufgegriffen, aber sie legt es vor allem auf ihren Betrieb aus. Das ist löblich, aber wird die Welt nicht retten. Das gibt auch keine Antwort darauf, wie die Auswirkungen der Klimakrise unsere Währungsstabilität treffen werden – das wurde auch bereits erwähnt. Noch in diesem Frühling hat die SNB-Leitung wiederholt, dass sie keine Aufträge im Klimabereich habe, selbst wenn die Klimarisiken inzwischen von allen Schweizer Banken rapportiert werden müssen. Auch im ZKB-Geschäftsbericht (*Zürcher Kantonalbank*) finden Sie ein Kapitel dazu. Nicht einmal im «engagement» will sie sich engagieren, im Dialog mit dem Management der Firmen, in die sie investiert ist. Der Auftrag der SNB ist eine nationale Aufgabe. Es geht im Postulat um die Vertretung der kantonalen Interessen auf nationaler Ebene. Das atmet ein bisschen den Geist einer Standesinitiative, von denen wir bekanntermassen kein Fan sind. Der Regierungsrat hat dargelegt, warum er den Auftrag gar nicht ausführen kann. Er kann keine Aufgaben übernehmen und diese direkt in der SNB deponieren. Das sei ihm gesetzlich verboten. Das akzeptieren wir.

Dennoch unterstützen wir das Postulat trotzdem. Denn durch die Diskussion im Kanton wird dem Regierungsrat vielleicht selber bewusst, dass er sich im Sinne des Kantons Zürich und einer Klimapolitik auch in der SNB für mehr Engagement im Klimabereich einsetzen muss. Es geht also mit diesem Postulat darum, eine Diskussion anzustossen, eine Diskussion über die Bedeutung der Finanzwelt für unsere Klimapolitik, die Klimarisiken und deren Auswirkungen auf die Ziele der SNB selbst, und eine Reflexion über die Rolle des Kantons Zürich in der SNB. So können wir hören, wie unsere Anliegen und die Anliegen des ganzen Kantons Zürich in die SNB einfließen, und wir können gute Beispiele einbringen. So leisten wir einen Impact auf die nationale Politik. Wir überweisen.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis):* Bei gewissen Vorstössen kommen wir oft spontan Sprichwörter in den Sinn. Beim vorliegenden Postulat geht es mir so. Im ersten Reflex dachte ich: «Schuster bleib bei deinen Leisten». Denn wenn wir über die Schweizerische Nationalbank sprechen, können wir nicht ignorieren, dass dieser ein Nationalbankgesetz zu Grunde liegt, auf das wir keinen direkten Einfluss haben, und das klare Vorgaben macht, nämlich, dass die Organe der SNB keine direkten Weisungen von externen Stellen entgegennehmen dürfen. Dass die FINMA aber vor dem Einfluss des Klimawandels auf den Finanzplatz der Schweiz warnt, lässt mich dennoch nicht ganz kalt. Erst recht nicht, wenn wir bei der SNB von einem Anlagevolumen von rund 800 Milliarden Franken ausgehen. Über den im Postulat vorgeschlagenen Weg kann man deshalb durchaus verschiedener Meinung sein. Aufgrund allfälliger Ungereimtheiten im Vorgehensvorschlag, das Anliegen zu versenken, ist für uns aber trotzdem keine Option. Die SNB hat den Verfassungsauftrag – es wurde schon gesagt – eine Geld- und Währungspolitik zu betreiben, die dem Gesamtinteresse des Landes dient. Dass die Bedeutung von Klimapolitik und Energiewende der Schweizer Bevölkerung immer wichtiger wird, zeigen die verschiedenen Abstimmungsvorlagen, die immer deutlichere Zustimmungen erzielen; gerade diesen Sonntag wieder erlebt. Als drittgrösster Aktionär hat der Kanton Zürich schon einen gewissen Anspruch von der SNB zu erfahren, wie sie die Risiken in ihrer langfristigen Finanzstrategie bezüglich des Klimawandels berücksichtigen will. In diesem Sinne ist die EVP bereit, dieses Postulat zu unterstützen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Ich stelle als aufmerksamer Zuhörer fest, dass wir offenbar – etwas, was wir schon lange wiederholt haben –, der Meinung sind, dass eine Standesinitiative eigentlich nicht in den Rat gehört, beziehungsweise dass sie ein ziemlich wirkungsloses Mittel sind – soeben gehört von der GLP. Auch die SP hat sich schon heute Morgen darüber geäussert.

Nun ja, wir haben hier zwar keine Standesinitiative, aber ich gebe Ihnen durchaus recht, dass wir hier ein Postulat haben, das schon ein bisschen Anzeichen einer Standesinitiative hat. Warum ist das so? Ja, man muss es vielleicht auch ein bisschen auf die Governance-Angelegenheit beziehungsweise auf die Steuerbarkeit durch das Konstrukt SNB herbeiführen. Oder vielleicht auch die Fähigkeit, wie die SNB mit einer gewissen Arroganz auf Forderungen betreffend die Umweltverträglichkeit beziehungsweise bei dieser ganzen Thematik reagiert, nämlich, dass sie findet, es gehöre schlicht nicht zu unserem Auftrag. Wir sind zwar eine Staatsbank, das Kapital, das wir hüten, ist Staatskapital. Gleichzeitig verhält man sich eher wie ein Grosskapital-Aktionär – oder was auch immer –, den das Ganze nicht so interessiert. Wobei, wenn man genauer hinschaut: In der ganzen Finanzwelt ist das Ganze durchaus ein Thema, zum Beispiel unter dem Begriff ESG, Enviroment, Social, Governance sind solche Umwelthanlagen beziehungsweise seine Investitionen zu steuern, durchaus Thema. Ob diese Anlagen, die man dann macht beziehungsweise dieses Umweltgetue – wie ich es mal nennen will – wirklich immer so nachhaltig sind, beziehungsweise alles, was als nachhaltig gilt, steht

dann wieder auf einem anderen Blatt. Aber was nicht geht, ist dass die SNB als unsere Bank in der Schweiz, wo die Bevölkerung wie auch die Politik, das kann man durchaus sagen, ein Umweltbewusstsein hat, dass die SNB dies kaum interessiert. Das kann es nicht sein. Genau aus diesem Grund werden wir dieses Postulat – wohlgerne eine getarnte Standesinitiative – in Ermangelung an besseren Einflussmöglichkeiten unterstützen. Denn die SNB muss sich bewusstwerden, dass sie eine Verantwortung hat. Sie hat eine finanzielle Verantwortung, sie hat – und dies ist umso wichtiger – auch eine politische und eine Verantwortung der Umwelt gegenüber, auch für unseren Planeten. Diese Verantwortung muss sie wahrnehmen. Die SNB kann sich davor nicht verstecken. Darum wird die AL dieses Postulat überweisen.

*Christian Schucan (FDP, Uetikon am See):* Ich finde es schon erstaunlich, wie man Kraut und Rüben durcheinandermischen kann. Die SNB hat einen klaren Auftrag: Das ist die Geld- und Währungspolitik und die Preisstabilität. Da steht nichts davon, dass da ein Umweltauftrag ist. Nun, ist es stufengerecht, wenn der Kanton Zürich jetzt da beginnt, daran zu schrauben? Ich würde es ja noch verstehen, wenn die Postulanten nicht auch auf nationaler Ebene vertreten wären, dass sie dann halt hier etwas versuchen. Aber sie sind auch im nationalen Parlament vertreten. Also sollen Sie dort, wo man den Auftrag dann tatsächlich anpassen müsste, den Mut fassen, um so ein Blödsinn zu machen. Solche Umlagerungen finden nicht einfach schnell statt. Also, wenn Sie in einem Portfolio – wir sind ja hier 180 Finanzspezialisten, die genau wissen, wie man ein Portfolio entwickeln muss, wie man ganz schnell signifikante Veränderungen vornehmen kann. Also, man kann nicht einfach auf die Schnelle in einem Portfolio Veränderungen vornehmen, weil das dann eben gravierende Auswirkungen hat, die dem eigentlichen Leistungsauftrag widersprechen.

Die Nationalbank beurteilt selbstverständlich ihr Portfolio auch aus Sicht des Risikos. Und die Nationalbank wird selbstverständlich die Risiken des Klimawandels auch berücksichtigen. Sie wird das aber in einer verträglichen Anpassung des Portfolios vornehmen und nicht in einer Signal-Wirkungspolitik, die hier betrieben wird, die aber dann mehr schadet, als sie Nutzen bringt.

Noch Folgendes: Es ist das wichtigste Grundprinzip – und darüber bin ich wirklich froh –, dass die Nationalbank von der Politik unabhängig ist. Sonst kann sie ihrem Auftrag der Geld- und Währungspolitik und der Preisstabilität nicht nachkommen, die gerade in heutigen Zeiten wirklich eine schwierige Situation ist – mit Ukraine-Krise (*Angriffskrieg Russlands in der Ukraine*), mit der Inflation, die steigt – hier entsprechend verantwortungsvoll zu handeln und sicherzustellen, dass es unserer Volkswirtschaft weiterhin gut geht, damit wir uns dann auch Investitionen im Umweltschutz und im Klimaschutz leisten können und wir nicht vor einem Totalschaden stehen. Also in dem Sinn sehen wir keinen Bedarf, hier das Postulat zu überweisen. Es ist schlicht und einfach an der falschen Stelle eingereicht.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Herrn Schucan, Sie idealisieren jetzt die Nationalbank schon wahnsinnig. Sie sagen, der einzige Auftrag sei die Währungsstabilität. Das stimmt an und für sich. Aber die Realität ist auch, dass die Nationalbank zum Beispiel die Milchkuh für die Kantone ist. Die garnieren jedes Jahr, partizipieren am Gewinn der Nationalbank; die Kantone bekommen einen Haufen Geld. Jetzt haben sie noch mehr bekommen. Deshalb haben wir unter anderem auch kein Defizit und können schwarze Zahlen schreiben. Das ist doch auch die Realität der Nationalbank. Deshalb stehen wir als Kanton auch in der Verantwortung für diese Politik, die die Nationalbank macht. Ich meine, das Leben ist nicht einfach ein Nullsummenspiel. Die Nationalbank macht in der Regel Milliarden Gewinne, indem sie Aktien kauft et cetera, indem sie in diesem internationalen Finanzsystem mitmacht. Das ist die Realität. Und irgendjemand zahlt das auch. Dass einfach nur alle davon partizipieren und Gewinner und Gewinnerinnen sind, das ist doch auch falsch. Wir in der Schweiz, wir profitieren von diesem System. Aber andere müssen das bezahlen. Das ist auch eine Realität. Die müssen wir berücksichtigen. Deshalb ist dieser Vorschlag sicher etwas Wichtiges. Wir können nicht einfach die Augen verschliessen, welche Politik die Nationalbank macht.

*Hanspeter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Es ist heiss hier drin, Herr Bischoff, es ist heiss. Wir schwitzen alle. Deshalb sind Sie entschuldigt für Ihr Votum. (*Heiterkeit*)

Ich muss schon sagen, Sie haben recht mit dem ersten Teil, aber mit dem zweiten, die Box der Pandora zu öffnen, nicht. Ich könnte Ihnen noch einen weiteren Punkt bringen: alle Waffenaktien natürlich. Ich denke, es ist wirklich so, wenn wir diese Box der Pandora öffnen, dann können wir auch sagen, wir wollen keine amerikanischen Aktien; die produzieren ja Waffen. Wir haben nicht nur die Ukraine, wir haben auch den Jemen, 333'000 Tote seit 2014. Also, es ist wirklich eine Situation, die man so hier nicht aufbauen kann. Ich bitte Sie, dieses Postulat abzulehnen.

*René Isler (SVP, Winterthur):* Widewidewitt, wir machen uns die Welt, wie sie uns gefällt. So kommt mir das jetzt vor, was sich linksgrün abspielt. Es ist noch gar nicht lang her, dass unsere Bundeshausfraktion betreffend Negativzinsen und Stützungskäufen von Fremdwährungen eigentlich einen Vorstoss machen wollte, wohlverstanden, einen politischen Vorstoss machen wollte über die SNB, wo dann genau die vereinigte Linke – eine war die Frau Moser (*Nationalrätin Tina Angelina Moser*) von der grünlinken Partei, der andere war der Herr Jositsch (*Ständerat Daniel Jositsch*) – uns in massivster Art und Weise vorgeworfen hat, man habe diese Schweizerische Nationalbank gar nichts vorzuwerfen. Das müsse auf immer und ewig ein neutrales, in sich geschlossenes System bleiben. Und die Politik habe sich gefälligst aussen vor zu halten. Ein Herr Jositsch, das kann ich Ihnen garantieren, der ist nicht bei uns in der Partei, und eine Frau Moser von der GLP auch nicht. Die haben uns gepiesackt, unsere Bundeshausfraktion. Die Politik hätte nichts zu sagen in diesem ganzen Metier. Und weil es Ihnen so auf ihre Mühle geht – Herr Schucan hat es ganz richtig gesagt –, weil es Ihnen in ihrem

Mainstream gefällt, jetzt kehren Sie den Handschuh und postulieren, man müsse dieser SNB mal auf die Finger schauen und ihnen sagen vom Kanton Zürich aus, wo der Hammer hängt. So geht das nicht. Sie können das übrigens, was ich jetzt gesagt habe, nachschauen. Das ist im Protokoll der Vereinigten Bundesversammlung vom letzten Herbst zu finden. Schauen Sie das nach. Dann verinnerlichen Sie sich Ihre Voten und vergleichen das, was Sie jetzt wollen – das ist einfach nur absurd.

*Christian Schucan (FDP, Uetikon am See) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Markus Bischoff, es ist doch wunderbar, dass wir eine so wunderbare Nationalbank haben, die wir als Milchkuh brauchen können. Weil, wer gibt sich dann die ganze Mühe, dieses Geld nachher zu verprassen? Das ist doch die linksgrüne Seite, die, wenn das Geld nicht da wäre, dann würdet Ihr euch beklagen, dass wir mit Sparübungen beginnen müssten. Weil, wenn man die Rechnung anschaut, die wir präsentiert erhalten haben und diese ausserordentlichen Geldflüsse nicht stattgefunden hätten, dann hätten wir ein Problem. Dann müssten wir sparen. Dann würde die linksgrüne Seite wieder lamentieren, wie man auf dem Buckel der Kleinen und Armen sparen würde und man die Leistungen des Staats einschränken müsste. Ihr müsst euch schon irgendwann mal einig werden, in welche Richtung Ihr politisieren möchtet und euch nicht permanent in den verschiedenen Geschäften widersprechen. Besten Dank.

*Beat Bloch (CSP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Es ist ganz einfach, man muss sich nur überlegen, was die Schweiz gemacht hat. Die Schweiz hat internationale Abkommen ratifiziert und sie hat sich als Schweiz mit all ihren Institutionen verpflichtet, diese internationalen Abkommen einzuhalten. Wenn sich nun jetzt eine Institution nicht an diese internationalen Abkommen hält, von sich selber auch sagt, wir haben keinen Auftrag, diese internationalen Institutionen oder diese internationalen Verträge nachzuvollziehen, dann ist es nichts anderes als unsere Pflicht, diese Institution auf allen möglichen Wegen – und einen haben wir heute aufgezeigt – aufzufordern, sich an die Verpflichtungen, die die Schweiz eingegangen ist, zu halten. Und wenn Sie mir dann noch sagen, dass es nicht Sache der Politik sei, die Nationalbank irgendwie in die Schranken zu weisen: Ja bitte, schauen Sie sich doch einmal das Nationalbankgesetz an. Wer hat dann das Nationalbankgesetz erlassen? War es die Nationalbank selber? Nein, es war die Vereinigte Bundesversammlung, die Politik, die dieses Gesetz ausgearbeitet, verabschiedet und nachher auch in Kraft gesetzt hat. Man kann schon ein wenig die Welt – man hat uns widewidewitt nachgerufen –, so drehen, dass sie für einen stimmt. Aber ich sage, wer im Glashaus sitzt, sollte dann nicht mit den Steinen werfen. Ich freue mich auf die Unterstützung und danke Ihnen.

*Regierungsratspräsident Ernst Stocker:* Ich bin der Letzte, der dieses Geschäft auf die leichte Schulter nehmen würde. Es wurden hier nur einiges gesagt, das meines Erachtens gewisser Korrekturen bedarf. Also, dass man es – gerade in der jetzigen Zeit – ein bisschen ins Lächerliche zieht, dass die Aufgabe der SNB

Preisstabilität sei und die konjunkturelle Entwicklung berücksichtige, in Anbetracht, dass wir die tiefste Teuerung in ganz Europa haben – das ist nicht gottgegeben. Das ist gegeben, weil wir eine ausgesprochen starke Währung haben. Ich hoffe, das bleibt so. Das zeigt auch, dass die Interventionen und die Politik der Nationalbank eigentlich nachhaltig waren. Und das wir jetzt in diesem kleinen Land eine Bilanz von über 1100 Milliarden Franken haben, also so gross wie die Deutsche Bundesbank, obschon wir zehnmal kleiner sind, das zeigt eigentlich das Dilemma, in dem man steckt. Ich glaube, bis jetzt war man klug beraten, dass die Nationalbank ihre Unabhängigkeit hat und dass sie die Unabhängigkeit behält. Selbstverständlich bin ich mit dem Postulanten, Beat Bloch, einverstanden. Das nationale Parlament legt dieses Gesetz fest. Aber ich bin trotzdem erstaunt, dass Sie mit dem schwächsten Instrument, das das Zürcher Kantonsparlament hat, mit einem Postulat einfahren. Also, es gebe da viel handfestere Instrumente, um so etwas zu erreichen. Für mich ist es eine Willenskundgebung, weil, ein Postulat kann ja nicht vielmehr, als den Regierungsrat dazu einladen zu prüfen. Das haben wir gemacht.

Ich muss Ihnen einfach sagen, wer hier drin behauptet, der SNB sei es völlig egal, was im Klimabereich passiert, irrt sich. Ich durfte ja mehrere Jahre in diesem Bankrat sitzen, Zürich ist jetzt nicht mehr vertreten. Die Nationalbank schliesst seit Ende 2020 Wertschriften von Unternehmen im Bereich Kohle aus. Aber Sie müssen einfach zur Kenntnis nehmen: Von dieser Bilanz sind etwa 20 bis 30 Prozent in Aktien angelegt, der Rest sind Staatsanleihen und so weiter und so fort. Die Nationalbank kann nicht einfach Geschäfte abschliessen, wie sie will. Die Nationalbank darf von einem ausländischen Konzern höchstens 5 Prozent der Aktien erwerben, weil man nicht will, dass man zum Beispiel Mehrheiten an Firmen kriegt. Auch will man nicht, dass man auf den Ticker einer ausländischen Regierung kommt mit dieser Währungspolitik. Dann wäre wahrscheinlich die Währungspolitik in Fragen gestellt. Es war ja länger so, dass die USA gesagt haben, das sei nicht legitim, dass ihr so stark interveniert. Und all diese Fragen muss man einfach berücksichtigen. Und wenn man das Nationalbankgesetz in diesem Sinne ändern will und es Mehrheiten gibt, dann meine ich schon, dann braucht es eine ausgiebige Diskussion mit Vor- und Nachteilen. Wo man auch auslegen kann, wie handhabt dies die Nationalbank heute, und nicht einfach aus dem Bauch heraus einen Vorstoss machen, um den Kantonsrat mit seinen gut 5 Prozent Aktien, die der Kanton an der Nationalbank hält, einen Antrag an der GV zu stellen. Ich glaube, das ist einfach nicht zielführend, das muss ich Ihnen sagen. Ich bin mir zwar klar, dass Sie diesen Vorstoss überweisen werden. Aber die richtige Wirkung, die wird er einfach nicht entfalten können.

Erstaunt bin schon etwas über das Votum von Markus Bischoff. Die Gewerkschaften waren es ja, die nach viel höheren Interventionen der Nationalbank gerufen haben, nach viel höhere Interventionen hat man verlangt, um Arbeitsplätze und Preisstabilität zu sichern, damit der Franken nicht so stark bleibt. Zum Glück haben wir momentan diese Phase überwunden. Aber dann hätten wir noch viel mehr Probleme mit diesem Geld. Und alle, die sich gegen die Negativzinsen wehren: Ohne sie wäre unsere Währung noch viel stärker. Alle würden ihr Geld in die



Schweiz bringen. Gerade jetzt mit dem Ukraine-Krieg, es fliesst sonst schon Geld in die Schweiz, wenn wir keine Negativzinsen hätten. Alles würde in die Schweiz fliessen. Hier ist es recht sicher, und du hast eine starke Währung im Hintergrund. Bei solchen Fragen muss man alle Aspekte einbeziehen.

Ich schliesse damit: Ich glaube, die Schweizerische Nationalbank hat sehr viel richtiggemacht. Es war nicht immer ganz einfach, diese Entscheidungen zu treffen. Dass jetzt für die Kantone etwas rausspringt, dass ihr das jetzt schlimm findet, da staune ich doch. Ich finde es nicht schlimm, weil, die Kantone haben 50 Prozent der Nationalbank-Aktien. Daher, ich weiss nicht, wo es besser angelegt ist. Ich glaube bei uns, bei Ihnen, die dieses Geld verteilen können, ist es richtig angelegt. Aber ich bitte Sie trotzdem: Machen wir nicht eine Politik, von der wir jetzt schon wissen, dass sie wahrscheinlich eher aus dem Bauch herauskommt. Aber wenn man das wirklich will, dann soll man den Mut haben, eine Standesinitiative nach Bundesbern zu machen, aber nicht dieses Postulat. Das ist nicht zielführend und wird nichts bringen. Besten Dank.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 80 : 79 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 90/2020 zu überweisen.**

*Ratspräsidentin Esther Guyer:* Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zweier Jahre.

Das Geschäft ist erledigt.